

Dennis Eversberg

Innerimperiale Kämpfe Drei Thesen zum Verhältnis zwischen autoritärem Nationalismus und imperialer Lebensweise

In fast all jenen Ländern, die mit ihrer Wirtschaftsstruktur und ihren Bevölkerungen die Zentren der imperialen Produktions- und Lebensweise¹ bilden, haben in den letzten Jahren autoritär-nationalistische Kräfte die politische Hegemonie neoliberaler, auf die Durchsetzung der Interessen des weltmarktorientierten Kapitals orientierter Parteien und Politiker:innen ernsthaft herausgefordert oder sogar gebrochen. Ob Donald Trump, der französische Front National, die FPÖ oder die Kräfte, die hinter dem Votum für den Brexit standen: Durch ihre Erfolge ist die zuvor zwanzig Jahre lang feststehende Konstellation, in der bei Wahlen stets nur über ein „Mehr“ oder ein „etwas Weniger“ an Marktöffnung, Deregulierung und Abbau sozialstaatlicher Sicherungen zu entscheiden war, aufgebrochen. Die politischen Landschaften dieser Länder haben sich damit teils dramatisch verändert. Deutschland, das mit seiner extrem exportfixierten Wirtschaft und einseitig auf Förderung der Wettbewerbsfähigkeit ausgerichteten Politik zur zentralen Macht Europas und zum Zentrum der imperialen Lebensweise auf dem Kontinent avanciert ist, war in dieser Hinsicht lange eine Ausnahme. Seit der Bundestagswahl 2017 ist das endgültig vorbei. Auch im ökonomisch mächtigsten Land Europas, dessen Wohlstand entgegen dem kontinentalen Trend seit der Finanzkrise 2008/9 sogar noch angewachsen ist, wird künftig als drittstärkste politische Kraft eine Partei mitreden, die den Wohlstand des Landes durch noch aggressivere nationale Interessenpolitik und Abschottung nach außen mehren will.

Dass der autoritäre Nationalismus solche Erfolge selbst in einem Land erringt, das sich seit Jahrzehnten wie kaum ein anderes auf Kosten anderer bereichert hat, stellt die gängige Behauptung infrage, autoritäre Bewegungen bekämen stets in Krisensituationen Zulauf.

1 Gemeint ist eine Art und Weise des Wirtschaftens und Lebens, die auf stetige Zufuhr großer Mengen an Energie, materiellen Ressourcen und Arbeit von außen sowie auf die Externalisierung von Kosten angewiesen, nicht global verallgemeinerbar und nur unter zunehmendem Einsatz von Gewalt nach außen aufrechtzuerhalten ist (Brand/Wissen 2017).

Wo also liegen die eigentlichen Gründe für den aktuellen Rechtsruck der „Externalisierungsgesellschaften“ (Lessenich 2016) des globalen Nordens? Ich will hier argumentieren, dass sie in der Transformation der imperialen Produktions- und Lebensweise selbst und den von ihr ausgelösten gesellschaftlichen Verwerfungen begründet liegen. Sie sind Auslöser eines *auf der Basis des gemeinsamen Konsenses* über das Ziel der Aufrechterhaltung der imperialen Lebensweise ausgetragenen politischen Konflikts zwischen den „progressiv-neoliberalen“ Kräften ihrer Modernisierung auf der einen und den auf Restauration eines längst überholten früheren Zustands orientierten autoritär-nationalistischen Parteien auf der anderen Seite. Eine emanzipatorische Linke, die am normativen Ziel gleicher Rechte und Möglichkeiten für alle Menschen weltweit festhält, muss sich als Teil eines dritten, global-solidarischen Lagers verstehen, das zentral die imperiale Lebensweise selbst infrage stellt. Dieses Argument entwickle ich anhand von drei Thesen².

These 1: It's not the economy, stupid!

Die Wahl der AfD, wie die nationalistisch-populistischer Parteien überhaupt, ist nicht einfach als Reaktion wirtschaftlich „Abgehängter“ auf ihre ökonomische Situation zu erklären.

Oberflächlich betrachtet liefert zwar auch das Ergebnis der Bundestagswahl Argumente für die „Abgehängten“-These – etwa wenn man den Blick einseitig auf die sozialen wie geografischen Hochburgen der AfD bei Arbeiter:innen und Arbeitslosen (21 Prozent), im Osten (21,9 Prozent) oder auch in manchen Ruhrgebietsstädten richtet. Und doch: Wer den Wahlerfolg der AfD primär ökonomischer Perspektivlosigkeit und Gefühlen des „Abgehängtseins“ zuschreibt, irrt sich. Denn ein breiterer Blick auf die Wahlergebnisse zeigt, dass die Präferenz für die AfD keine Besonderheit der Arbeiter:innen und Arbeitslosen, „des Ostens“ oder „der Männer“ ist, sondern ein Problem der Gesamtgesellschaft. Denn mindestens acht bis zehn Prozent holte sie praktisch in allen Landesteilen, bei allen Berufs-, Altersgruppen und Geschlechtern.

Die sozioökonomische Zusammensetzung der Wähler:innenschaft einer Partei ist notorisch schwierig zu berechnen. Nimmt man aber unter Zuhilfenahme der von Brenke und Kritikós (2017) bereitgestellten Paneldaten zur Struktur der wahlberechtigten Bevölkerung eine grobe Kalkulation vor, so ergibt sich zur AfD-Wähler:innenschaft Erstaunliches. Von bundesweit 5,88 Millionen

2 Für eine ausführliche und umfassend mit Daten belegte Fassung dieser Argumentation siehe Eversberg (2017).

AfD-Zweitstimmen kamen ca. 14 Prozent von Arbeiter:innen und drei Prozent von Arbeitslosen – zusammen gerade eine Million³. Gut 36 Prozent der AfD-Wähler:innen waren indes Angestellte, weitere 30 Prozent Rentner:innen. Selbständige machten sechs Prozent, Beamte vier Prozent aus. Die AfD ist also weder eine „Arbeiter:innenpartei“ noch eine Partei der Benachteiligten, sondern findet Klassen übergreifend Zuspruch, und ihre wichtigsten Wähler:innenreservoirs liegen bei Angestellten und Rentner:innen. Auch wenn etwa nur Angestellte oder nur Beamte gewählt hätten, wäre sie bequem in den Bundestag eingezogen. Gleiches gilt im Hinblick auf Bildung (auch unter Akademiker:innen holte sie sieben Prozent) oder Geschlecht und Region (unter westdeutschen Frauen: acht Prozent). Auch ein genauerer Blick auf die Landkarte stellt Denkgewohnheiten infrage: Zwar war das AfD-Ergebnis im Osten mit 21,9 Prozent erschreckend hoch, doch entscheidend für ihre Fraktionsstärke war, dass sie auch im Westen 10,7 Prozent erhielt. Auch in München, Köln oder Hamburg holte sie weit über fünf Prozent, und zu ihren West-Hochburgen gehören auch wohlhabende Gegenden im ländlichen Bayern, Baden-Württemberg und Hessen.

Auch die mitunter vorgebrachte Behauptung, dass es, wenn schon keine handfeste Deprivation, dann eben die *Angst* vor dem Abstieg war, derentwegen die Wähler:innen der AfD zuliefen, trägt allenfalls teilweise. Denn entgegen der Rede über zunehmende Abstiegsängste hat die Umfrageforschung zuletzt einen rapiden Rückgang solcher Ängste aufgewiesen (Lengfeld/Ordemann 2017). Die Nachwahlbefragungen bestätigen das: 84 Prozent stimmten der Aussage „Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist gut“ zu – verglichen mit nur 19 Prozent noch 2009. Auch die eigene wirtschaftliche Lage bewerteten selbst unter bekennenden AfD-Anhänger:innen noch 73 Prozent als gut. Das lässt kaum Raum für die Behauptung, sie hätten *in erster Linie* aus wirtschaftlichem

3 Diese auf eigenen Berechnungen zum Bundestagswahlergebnis beruhenden Zahlen weichen auffällig von dem Befund bei Brenke und Kritikos ab, dass 34 Prozent der AfD-Wähler:innen Arbeiter:innen gewesen seien. Ein Grund für diesen Unterschied ist, dass in der ALLBUS-Befragung, auf die sich deren Angaben beziehen, alle Befragten außer den Studierenden/Auszubildenden den Erwerbskategorien („Arbeiter:innen“, „Angestellte“ usw.) zugeordnet wurden, in meiner Berechnung dagegen nur die 56 Prozent, die tatsächlich erwerbstätig waren. Ein Teil der von Brenke/Kritikos als Arbeiter:innen geführten Gruppe findet sich damit hier bei den Rentner:innen wieder. Ferner spielen wohl auch unterschiedliche Kriterien der Einstufung (ALLBUS) bzw. Selbstverortung (Nachwahlbefragungen) als „Arbeiter:in“ eine Rolle. Und schließlich ist das Teilsample von AfD-Anhänger:innen im ALLBUS, auf das sich Brenke/Kritikos beziehen, nicht nur mehr als ein Jahr vor der Wahl erhoben, sondern mit 283 Befragten auch kaum groß genug, um repräsentative Aussagen daraus abzuleiten. Die von mir verwendeten Strukturdaten zur gesamten wahlberechtigten Bevölkerung dagegen beziehen sich auf das Gesamtsample von 3.500 Befragten.

Frust oder Statusangst AfD gewählt. Zugleich allerdings zeugt es von einer gewissen Verunsicherung, dass auf die Frage, wie gut „Deutschland auf die Zukunft vorbereitet“ sei, nur noch 52 Prozent der Befragten mit „eher gut“ (2013: 68 Prozent), 42 Prozent dagegen mit „eher schlecht“ (2013: 27 Prozent) antworteten. Vom „Platz an der Sonne“ der imperialen Lebensweise aus wird der Wunsch nach Kontinuität und Stabilität immer drängender. An der eigenen Lebensweise soll sich nichts ändern, und von der Politik wird erwartet, eben dies zu garantieren. Gleichzeitig lässt sich immer weniger ignorieren, dass weitreichende Veränderungen mit erheblichen Auswirkungen auf eben diese Lebensweise bevorstehen. Emblematisch hierfür stehen die seit 2015 in deutlich gestiegener Zahl hierzulande angekommenen Menschen, die vor den zerstörerischen Auswirkungen der global-imperialen Machtverhältnisse auf ihre Länder fliehen mussten. Was sich mit ihnen, aber auch etwa mit dem Klimawandel andeutet, wird mit tiefer Verunsicherung gesehen (vgl. Kahrs 2017: 11f.; Hilmer u.a. 2017; Lengfeld 2017).

Was nun die AfD-Wähler:innen verbindet, sind nicht diese Sorgen als solche, sondern die ethnozentrische, rabiatische ausgrenzende Form, in der sie sie verarbeiten. Zentral sind nicht Spaltungslinien wie arm-reich, Ost-West, Stadt-Land oder „zufrieden“-„verunsichert“, sondern die Tatsache, dass *sie selbst* Fragen von ethnischer Homogenität und der Aufrechterhaltung klarer Innen-Außen-Trennungen zum Zentrum ihrer Vorstellungen machen. Neu ist daran nur, dass mit der AfD nunmehr für diese Stimmungslage ein politisches Sprachrohr zur Verfügung steht. Was die rabiatischen Abwehrreaktionen seit 2015 auslöste, war die angesichts des Leids der Flüchtenden am Budapester Bahnhof Keleti aus humanitären Gründen vollzogene Abkehr vom zuvor zentralen Versprechen der Merkelschen Politik: Dass mit ihr an der Spitze die Deutschen mit der Unordnung der Welt in Ruhe gelassen würden. Die 12,6 Prozent AfD-Wähler:innen protestieren nicht „eigentlich“ gegen eine ungerechte Sozial- oder Steuerpolitik. Sie wollen Merkel für die *eine* Entscheidung ihrer Regierungspolitik bestrafen, die nicht machtpolitischem oder ökonomischem Kalkül, sondern einer humanitären Regung folgte. Sie wählten eine autoritär-nationalistische Partei, weil sie deren autoritärem und nationalistischem Gedankengut zustimmten.

These 2: Eine klassenübergreifende Allianz mit dem Ziel, die Zeit zurückzudrehen

Der autoritäre Nationalismus ist eine Klassen übergreifende Bewegung mit dem gemeinsamen Nenner, die Modernisierung der imperialen Produktions- und Lebensweise vom organisiert-kapitalistischen zum flexibel-kapitalistischen Modell rückgängig machen zu wollen.

Die AfD hatte Erfolg, weil es ihr gelang, eine vertikale Allianz zwischen Teilen der wirtschaftlichen und administrativen Eliten und Gruppen der sozialen Mitte sowie der Unterprivilegierten herzustellen. Michael Vester (2017) hat diese Allianz schon vor der Bundestagswahl skizziert. Sie vereint das offen autoritär-rassistische Lager der „Rebellisch-Autoritären“ (ca. 14 Prozent der Bevölkerung) mit Teilen der in den Eliten etablierten „Traditionell-Konservativen“ (ebenfalls 14 Prozent), deren Seriosität und Prestige die AfD als für viele wählbare Kraft etablieren konnten. Als Klientel sind zudem große Teile der „Resigniert-Autoritätsgebundenen“ (ca. 13 Prozent) eingebunden, die zwar soziale Gerechtigkeit einfordern, diese aber primär entlang ethnischer Kriterien definieren. Mit dieser Allianz ist es der autoritär-nationalistischen Rechten gelungen, sich als voraussichtlich längerfristig stabile, in der Mitte der Gesellschaft verankerte Kraft zu etablieren.

Mögliche Bruchlinien dieser Allianz zeigt ein Vergleich der sozialen Zusammensetzung der AfD-Bundestagsfraktion mit der ihrer Wähler:innenschaft. Unter den 94 gewählten Abgeordneten sind keine Arbeiter:innen, 17 Angestellte, neun Führungskräfte, 18 Beamt:innen und 42 Selbständige und Freiberufler:innen. Damit sind gerade letztere stark überrepräsentiert. Das ist umso bemerkenswerter, als die Selbständigen insgesamt unterdurchschnittlich häufig AfD wählten. Zugleich gilt Ähnliches auch für Pegida und den offenen Neonazismus, deren Führungsfiguren oft ebenfalls Kleinunternehmer:innen sind. Hinter diesem auffällig starken Engagement kleiner Selbständiger in autoritär-nationalistischen Bewegungen scheint eine spezifische Form von *politischem Unternehmertum* zu stehen: Zum einen sind sie wegen ihrer Gewöhnung an ständige Konkurrenz gut an harte Machtkämpfe angepasst und bringen sich instinktiv zielstrebig für Führungspositionen in Stellung. Zum anderen lassen sich ihre im Erwerbsleben benötigten Fähigkeiten zu Selbstvermarktung und strategischer Positionierung in rechten Parteien und Bewegungen gut in politisches Kapital konvertieren.

Ähnlich große Repräsentationslücken bestehen bei der AfD auch im Hinblick auf Bildung und Geschlecht. Eine so disparate Allianz zusammenzuhalten, verlangt Versprechen. Das Kernversprechen: *Wir sorgen dafür, dass sich nichts ändert*. Autoritätsbeziehungen, Geschlechter- und Sexualordnung will die AfD restaurieren, vor allem aber an den Innen-Außen-Verhältnissen der eigenen Gesellschaft und ihrer globalen Machtstellung soll sich keinesfalls etwas ändern. Noch höher als die viel zitierte Sorge von 91 Prozent der AfD-Wähler:innen, dass „unsere Gesellschaft immer weiter auseinanderdriftet“ (was nicht reduzierbar ist auf Sorge vor einem Auseinanderdriften zwischen „oben und unten“) wogen drei andere Sorgen: mit 93 Prozent die vor zu großem Einfluss des Islam, mit 94 Prozent die Befürchtung, dass „sich unser Leben in Deutschland zu stark verändern wird“ und mit 95 Prozent die Angst vor „Verlust der deutschen Kultur“. Statt um Verteilungsfragen geht es ihnen zentral um die Konservierung einer

religiös, kulturell und durch Konventionen definierten Lebensweise. Das wusste Alexander Gauland, als er am Wahlabend sagte: „Wir wollen das Land erhalten, wie wir es bisher kannten, vor der Flüchtlingskrise!“

These 3: Eine Konfrontation innerhalb des „Imperiums“

Der Konflikt zwischen progressivem Neoliberalismus und autoritärem Nationalismus spielt sich vollständig auf dem Boden der imperialen Produktions- und Lebensweise ab. Keine Seite stellt sie als solche infrage, gestritten wird nur um unterschiedliche Varianten derselben und um die richtige Strategie zu ihrer Verteidigung.

Gegenwärtig wird ein Widerspruch vollends manifest, der der imperialen Lebensweise schon immer innewohnte. Als Herrschaftsform, in der Gesellschaften mit demokratischem Selbstverständnis sich qua Ausgrenzung, Ausschluss und Gewalt über andere erheben, kann diese nie ganz mit sich im Reinen sein. Einer imperialen „Zitadellengesellschaft“ würde strukturell viel eher eine autoritäre politische Ordnung entsprechen. Die arabischen Golfmonarchien etwa bekommen das recht gut vereinbart – und zwar, weil der Betrieb einer ressourcenbasierten Rentenökonomie auch von einer statisch-hierarchischen Gesellschaftsordnung geleistet werden kann. Eine exportfixierte Hochleistungsökonomie aber – wie die deutsche – gerät in ein Dilemma: Einerseits ist profitables kapitalistisches Wirtschaften auf das Niederreißen von Handels-, Innovations- und Akkumulationsschranken angewiesen, weshalb gerade die am stärksten globaler Konkurrenz ausgesetzten Industrien offene Grenzen für Güter wie Arbeitskräfte brauchen. Andererseits kann der Staat sich bei Teilen seiner Bevölkerung nur noch legitimieren, indem er sich zwecks Aufrechterhaltung von deren Privilegien immer stärker abschottet.

In dieser Situation führt der alte linke Spruch „Hinter dem Faschismus steht das Kapital!“ gravierend in die Irre. Die Wirtschaftsverbände positionieren sich derzeit klar aufseiten der „weltoffenen“ Mehrheit und haben sogar eigene Initiativen zur Integration Geflüchteter in die Unternehmen gestartet. „Rückzug ins Nationale ist für unser Land keine Alternative“, überschrieb der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) seine Pressemitteilung am Tag nach der Wahl. Kurz: Die mächtigsten Fraktionen des deutschen Kapitals stehen nicht hinter der AfD, sondern gehören zu ihren erklärten Gegner:innen. Entscheidend hierfür ist wohl nicht nur das Interesse an offenen Grenzen für Güter und Hochqualifizierte, sondern auch Probleme der Betriebe in arbeitsintensiven Branchen, ihre Lehrstellen zu besetzen.

Der Blick auf die Berufsbiographien der Abgeordneten verrät aber, dass die AfD bei einigen anderen Kapitalfraktionen durchaus Unterstützung genießt. Am

auffälligsten ist die Verankerung im militärisch-industriellen Komplex: Rüdiger Lucassen z.B., früher Oberst im Generalstab der Bundeswehr sowie Referent bei der NATO und im Verteidigungsministerium, betreibt heute eine Firma, die Sicherheits- und Streitkräfte aufbaut und schult, Gerold Otten war bislang Verkaufsleiter des Rüstungskonzerns EADS für das Produkt Eurofighter. Hinzu kommen viele ehemalige und aktive Soldaten sowie teils hochrangige Reservisten. Über sie finden die Interessen einer Industrie Eingang in die Politik der AfD, die an verstärkter Abschottung nach außen gut verdient.

Sehr stark vertreten sind in der Fraktion zudem „Berater:innen“: Selbständige und Kleinunternehmer:innen, die vom Erfolg der Exportindustrie leben, der sie qualifizierte Dienstleistungen anbieten. Sie versprechen sich offenbar bessere Perspektiven von einer protektionistischen Politik, die die verschärfte Konkurrenz im EU-Binnenmarkt und durch gut ausgebildete Zuwander:innen zurückdrängen soll.

Einige weitere Abgeordnete kommen aus der Finanzbranche, und zwar mutmaßlich vor allem aus jenen Teilen der Finanzindustrie, die sich auf Investitionsformen spezialisiert haben, deren Lukrativität durch Staatsverschuldung und Niedrigzinsen infolge der Eurorettung stark beeinträchtigt wurde. Sie sind primär an einer Renationalisierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik und der Abschaffung des Euro interessiert, von der sie sich eine Rückkehr zu vermeintlich einträglicheren früheren Geschäftsmodellen versprechen.

Anders als ihre Wähler:innen haben diese Gruppen keineswegs primär ein „kulturelles“, sondern ein ganz materielles Interesse daran, dass erfolgte Veränderungen mit autoritären Mitteln rückgängig gemacht werden.

Die mit dem Auftreten der AfD manifest gewordene Konfliktlinie steht also nicht nur für einen Riss in der Bevölkerung, sondern auch für eine Auseinandersetzung innerhalb der Eliten. In der Positionierung der Wirtschaftsverbände hingegen kommt genau das zum Ausdruck, was Nancy Fraser (2017) durchaus treffend „progressiven Neoliberalismus“ genannt hat: Eine wirtschafts- wie gesellschaftspolitisch liberale, proeuropäische, konsequent auf Markt- wie soziale Öffnung und gegen Diskriminierung entlang leistungsfremder Kriterien gerichtete Politik, die sich innereuropäisch Freiheit und Chancengerechtigkeit auf die Fahnen schreibt und die Drecksarbeit der Zäune, Küstenwachen und Abschiebungen geräuschlos im Hintergrund erledigen lässt. Damit soll keine Kooptierung „der Linken“ durch das Kapital unterstellt sein, sondern schlicht ein aufgeklärtes Eigeninteresse der zukunftsorientierten Mehrheit des deutschen Kapitals an „Willkommenskultur“ und Abbau bestimmter Diskriminierungen. Für solche Politik braucht es gar keine Linken, sondern bloß eine Bevölkerungsmehrheit, die Reisefreiheit und gemeinsamer Währung mehr abgewinnen kann als alten Autoritäten und Fantasien von nationaler Größe. Der progressive Neoliberalismus

ist die politische Programmatik einer durchflexibilisierten „imperialen Lebensweise 3.0“, in der Arbeit und andere Produktionsinputs so kleinteilig zerlegt und synchron koordinierbar sind, dass Diskriminierung und Ausgrenzung nur als Störfaktoren für die reibungslose Akkumulationsdynamik erscheinen.

Dagegen opponiert die AfD auch aufgrund der von ihr vertretenen (minoritären) Kapitalinteressen, die von einer Rückkehr zur organisiert-kapitalistischen „imperialen Lebensweise 2.0“ mit ihren überschaubaren nationalen Wirtschaftsräumen, klaren Rollenzuweisungen, stabilen Autoritäten und dichten Grenzen profitieren würden. Das macht den autoritären Nationalismus noch nicht eindeutig „anti-neoliberal“: Ein gegen den Euro gerichteter nationalistischer Neoliberalismus war für die Entstehung der AfD zentral und bleibt in Teilen der Fraktion verankert. Wirtschafts-, steuer- oder finanzpolitisch ist ihre Programmatik von Forderungen nach Privatisierung, „mehr Markt“ und Umverteilung nach oben durchzogen. Und doch ist kaum zu hoffen, dass größere Teile ihrer Wähler:innen sich bei vorheriger Lektüre jener Passagen von der Partei abgewandt hätten. Vielmehr zeigt sich die gegenseitige Offenheit zwischen der rassistisch-nationalistischen Grunddisposition vieler AfD-Wähler:innen und der neoliberalen Programmatik da, wo sie in Befragungen auch über die Migrationsthematik hinaus ständig in jeder Hinsicht mehr „Sicherheit“ einfordern. In dem *besitzindividualistischen* Selbst- und Weltverhältnis, das sich hier ausdrückt, verdichten sich die Entbindung aus kollektiven Solidaritäten und der Rückzug ins Private (Hilmer u.a. 2017) zu einer rabiaten Verteidigung des „Eigenen“. Diese richtet sich untrennbar zugleich auf den persönlichen Besitz *und* auf das imaginär „Eigene“ einer behaupteten homogenen nationalen „Kultur“. Eben dieser Besitzindividualismus hält aktuell das Bündnis aus neoliberalen und völkischen Nationalist:innen zusammen – jedenfalls noch.

Der Konflikt zwischen progressivem Neoliberalismus und autoritärem Nationalismus kam in der US-Wahl zwischen Clinton und Trump ebenso zur Aufführung wie in der Stichwahl zwischen Macron und Le Pen, der Brexit-Abstimmung oder der Entscheidung zwischen van der Bellen und Hofer. Nie stand hier die imperiale Lebensweise selbst – wie vermittelt auch immer – zur Debatte. Stets ging es nur darum, wie sie gesellschaftspolitisch auszugestalten und machtpolitisch zu sichern sei. Damit ist am Ende auf einer ganz anderen Ebene doch „the economy“ ausschlaggebend für das Erstarken des autoritären Nationalismus: nicht in Gestalt geteilter wirtschaftlicher *Lagen*, sondern in Form eines Konflikts um die Modernisierung des ökonomisch-sozialen Regimes und um die Bedingungen der Möglichkeit, weiter so gut *auf Kosten anderer* zu leben. Es handelt sich in der Tat um einen Klassenkonflikt, der aber nicht zwischen oben und unten, sondern entlang der horizontalen Achse des gesellschaftlichen Raums zwischen Kräften der Modernisierung und der Beharrung ausgetragen

wird. Sein Gegenstand ist auch da, wo oberflächlich „Kultur“ verhandelt wird, die tiefer liegende „Dynamik der (transnationalen) kapitalistisch getriebenen Veränderung“ (Kahrs 2017), die steigenden Druck, Prekarität und die Erosion sozialstaatlicher Sicherungen ebenso mit sich bringt wie steigende soziale und geografische Mobilität und eine wachsende Vielfalt von Lebensmodellen. Diese kapitalistischen Modernisierungsprozesse haben die soziale „Mitte“ verschoben: Sie hat sich zugleich ökonomisiert *und* ist kulturell vielfältiger geworden. Beides läuft den Normalitätserwartungen derer zuwider, die sich an den Versprechungen der früheren Ordnung orientiert und sich selbst als Teil der „Mitte“ wahrgenommen hatten. Denjenigen unter diesen „neuen Minderheiten“ (ebd.), die das nicht konstruktiv und demokratisch verarbeiten können, sondern sich auf Rassismus, Ressentiments und die einseitige Selbststilisierung zum Opfer zurückziehen, machte die AfD mit dem Versprechen, das Rad der Zeit zurückzudrehen, ein attraktives Angebot.

Dies ist aber nur *ein* Angebot unter mehreren denkbaren, und es ist den 12,6 Prozent durchaus vorzuhalten, dass sie es annahmen. Denn *verunsichernd* sind die Veränderungen für weit größere Teile der Bevölkerung – und die meisten verarbeiten sie anders. Es ist kein Automatismus, dass Menschen auf Verunsicherung autoritär und rassistisch reagieren – aber wenn, dann muss es ernst genommen werden und die Ablehnung erfahren, die dem gebührt. Das legitimiert jedoch keine Politik der pauschalen Beschimpfung ganzer Bevölkerungsteile oder Regionen: Ein angemessener linker Umgang mit der AfD und ihren Anhänger:innen muss auch zur Differenzierung fähig sein. Mit Vester gesprochen: Was die „rebellisch-autoritären“ Träger:innengruppen der Partei und ihre Helfer:innen aus den „traditionell-konservativen“ Eliten angeht, so kann es nur darum gehen, sie politisch offen anzugreifen und zu bekämpfen. Im Hinblick auf ihre „resigniert-autoritätsgebundene“ Klientel ist das jedoch – gerade im oft unvermeidlichen alltäglichen Umgang – nicht sinnvoll. Auch wenn es eine gefährliche Illusion ist, sie für linke Politik „zurückgewinnen“ zu können, muss es doch auch ein Ziel sein, die von der AfD geschaffene Allianz zu schwächen, indem gerade ihnen immer wieder vor Augen gehalten wird, wie wenig die von ihnen Gewählten sie und ihre Interessen eigentlich repräsentieren. Mit Bekundungen des Verständnisses für ihre Wahlentscheidung muss und darf das nicht einhergehen – aber mit dem Vermeiden der Auseinandersetzung durch Rückzug in großstädtische linke Wohlfühlzonen ist es auch nicht vereinbar.

Klar bleibt aber: Daraus, dass AfD-Wähler:innen ihrem eigenen Selbstverständnis nach „Gerechtigkeit“ einfordern, folgt nicht, dass sie „eigentlich“ gar nicht hinter deren Politik stünden, sondern letztlich eine solidarischere Gesellschaft wollten. Denn wird „Gerechtigkeit für die je eigene Gruppe an der symbolischen und materiellen Deprivilegierung spezifischer Anderer (z.B.

Migrant*innen, Frauen, Schwarze) gemessen, dann handelt es sich nicht um eine spezielle Spielart eines emanzipatorischen Universalismus, sondern um dessen äußersten Gegenpunkt“ (Dowling/van Dyk/Graefe 2017: 416). Völkischer Rassismus ist kein der kapitalistischen Ausbeutung nachgeordnetes, irgendwie doch nur auf Missverständnissen beruhendes ‘sekundäres’ Übel, und es kann aus emanzipatorischer Sicht keinen „Tradeoff“ zwischen beidem geben, sondern nur gleichermaßen klare Abgrenzung in beide Richtungen (vgl. ebd.; Hildyard 1999).

Progressiver Neoliberalismus wie autoritärer Nationalismus stützen sich auf übergreifende Narrative, die es ihnen ermöglichen, vertikale Allianzen zwischen Klassenfraktionen herzustellen und bei Wahlen zu mobilisieren. Der global-solidarischen Linken fehlt derzeit ein solches Narrativ, und unter anderem deshalb auch die Fähigkeit, selbst eine ähnlich wirksame Allianz zu bilden. Das dicke Brett der Suche nach einem solchen Narrativ, eines dritten, global-solidarischen Lagers außerhalb des diskursiven Territoriums der imperialen Wahrnehmungs- und Denkweise, gilt es zu bohren. Emanzipatorische Narrative entstehen in gemeinsamen Kämpfen. Gerade deshalb ist es unerlässlich, auch auf der Linken auf die Etablierung einer Klassenallianz hinzuwirken und diejenigen, die ihre Verunsicherung nicht autoritär und ausgrenzend, sondern solidarisch-inklusiv verarbeiten, in einer breiten, wirksamen Gegenmobilisierung zusammenzubringen.

Literatur

- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*, München.
- Brenke, Karl/Alexander S. Kritikos (2017): Wählerstruktur im Wandel. In: DIW Wochenbericht 29: 595-606.
- Dowling, Emma/van Dyk, Silke/Graefe, Stefanie (2017): Rückkehr des Hauptwiderspruchs? Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der „Identitätspolitik“. In: PROKLA 47(3): 411-420.
- Eversberg, Dennis (2017): *Innerimperiale Kämpfe. Der autoritäre Nationalismus der AfD und die imperiale Lebensweise*. Working Paper 7/2017 der DFG-Kollegforscher_innengruppe Postwachstumsgesellschaften, Jena. http://www.kolleg-postwachstum.de/sozgwmedia/dokumente/WorkingPaper/WP+7_17+Eversberg_end.pdf
- Fraser, Nancy (2017): Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus. In: Geiselberger, Heinrich (Hg.): *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*. Berlin: 77-92.
- Hildyard, Nicholas (1999): *“Blood” and “Culture”*, *Corner House Briefing 11*, Sturminster Newton/Dorset.
- Hilmer, Richard u.a. (2017): Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern. In: *Working Paper Forschungsförderung* Düsseldorf.
- Kahrs, Horst (2017): Neuer Nationalismus: Verteidigungsstrategie in globalen Verteilungskämpfen. In: *Sozialismus* 43(4): 17-24.

- Lengfeld, Holger (2017): Abstiegsangst in Deutschland auf historischem Tiefstand. Ergebnisse der Auswertung des Sozio-oekonomischen Panels 1991-2016. In: *Arbeitsbericht 73 des Instituts für Soziologie*, Leipzig.
- /Ordemann, Jessica (2017): Der Fall der Abstiegsangst, oder: Die mittlere Mittelschicht als sensibles Zentrum der Gesellschaft. Eine Trendanalyse 1984–2014. In: *Zeitschrift für Soziologie* 46(3): 167-184.
- Lessenich, Stephan (2016): *Neben uns die Sintflut: Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*, München.
- Vester, Michael (2017): Der Kampf um soziale Gerechtigkeit: Der Rechtspopulismus und die Potentiale politischer Mobilisierung, Manuskript/Online-Veröffentlichung, Hannover. URL: http://nrw.rosalux.de/fileadmin/ls_nrw/dokumente/Publikationen/Michael_Vester_Rechtspopulismus_soziale_Gerechtigkeit_18_M%C3%A4rz-2.pdf, Zugriff: 2.2.2018.



Foto: Kai Hörstmann

LATEIN AMERIKA
NACHRICHTEN
// Die Monatszeitschrift

Aktuelle Berichte,
Reportagen,
Kommentare und
Interviews zu Politik,
Gesellschaft und
Kultur

**Immer auf dem
Laufenden über das
aktuelle Geschehen in
Lateinamerika**

PROBEABO
// 3 Monate lesen für 10 Euro
// endet automatisch

Latinamerika Nachrichten
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

// solidarisch // kritisch // unabhängig

www.lateinamerika-nachrichten.de

VSA: Einfache Antworten? Eher nicht!

Alexander Häusler
(Hrsg.)
**Völkisch-autoritärer
Populismus**
Der Rechtsruck in
Deutschland und die
AfD. Eine Flugschrift



144 Seiten | € 12,80
ISBN 978-3-89965-835-4

Christian Fuchs
Digitale Demagogie
Autoritärer Kapitalismus in Zeiten von
Trump und Twitter
Eine kritische Intervention
und marxistische
Analyse.



304 Seiten | € 24,80
ISBN 978-3-89965-823-1

Klaus Busch/Joaachim
Bischoff/Hajo Funke
**Ausgleich statt
Authority**
Gegen die rechts-
populistische
Zerstörung Europas



144 Seiten | € 11,80
ISBN 978-3-89965-787-6

Hajo Funke/
Christiane Mudra
Gäriger Haufen
Die AfD: Ressenti-
ments, Regimewechsel
und völkische
Radikale.
Handreichung zum
demokratischen
Widerstand



132 Seiten | € 10,80
ISBN 978-3-89965-821-7

Dieter Sauer/
Ursula Stöger/
Joachim Bischoff/
Richard Detje/
Bernhard Müller
**Rechtspopulismus
und Gewerkschaften**
Eine arbeitsweltliche
Spurensuche
Für Gewerkschaften
& Betriebsräte



192 Seiten | € 14,80
ISBN 978-3-89965-830-9

Eberhard Schultz
**Feindbild Islam
und institutioneller
Rassismus**
Menschenrechts-
arbeit in Zeiten von
Migration und Anti-
Terrorismus
Erfahrungen eines
Menschenrechts-
anwalts



224 Seiten | € 15,80
ISBN 978-3-89965-773-9

Sozialismus
statt Populismus ...



★ monatlich gedruckt
★ täglich im Netz

facebook.com
Zeitschrift.Sozialismus
twitter.com
ZsSozialismus

Jetzt Probelesen!
3 Hefte zum
Kennenlern-Preis
von 14,- Euro

www.sozialismus.de

Walter Baier/Bernhard
Müller/Eva Himmel-
stoss (Hrsg.)
**Die Linke, die Völker
und der Populismus**
transform! Jahrbuch
2017
Berichte und Analysen
zu politischen und
sozialen Entwick-
lungen in Europa



336 Seiten | € 22,80
ISBN 978-3-89965-739-5

www.vsa-verlag.de